

ZEIT ZU KÄMPFEN, JETZT ERST RECHT!

**BESCHLUSSBUCH ZUR
VOLLVERSAMMLUNG
28.02.2026**

Zeit zu kämpfen, jetzt erst recht! - Arbeitsprogramm Jusos Leipzig 2026/27

*Einbringer*in:*

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen:

Wir leben in Zeiten, in denen Fortschritt nicht selbstverständlich ist. Linke, feministische und sozialistische Kräfte treten gesellschaftlich und parlamentarisch oft geschwächt auf, während konservative und autoritäre Kräfte Rechte abbauen und Ungleichheiten zementieren. Für uns heißt das: Den Status quo akzeptieren wir nicht. Wenn neoliberale oder reaktionäre Kräfte in unsere Gesellschaft eingreifen, dann ist es unsere Aufgabe, uns dagegen zu stellen - mit parlamentarischem Druck, symbolischen Aktionen und praktischen Engagement.

Wir sind überzeugt: Demokratischer Sozialismus ist keine nostalgische Idee, sondern die notwendige Antwort auf die sozialen, ökologischen und demokratischen Herausforderungen unserer Zeit. Für uns heißt das: Eigentums-, Macht- und Verteilungsfragen stellen – hier in Leipzig und darüber hinaus.

Unser Handeln folgt dabei stets einem Dreiklang: Wir werben für linke Politik, wir bilden uns und andere, und wir vernetzen uns – im Verband, in der Stadtgesellschaft.

Keiner fragt mehr "Who's that?" - Unser Selbstverständnis

Wir Jusos Leipzig sind der größte politische Jugendverband der Stadt – und wir stehen für eine klare Haltung: sozialistisch, feministisch, antifaschistisch, internationalistisch und antirassistisch. Wir analysieren die Gesellschaft aus marxistischer, feministischer und emanzipatorischer Perspektive und lassen uns dabei nicht von kurzfristigen Opportunitäten leiten. Wir wollen tatsächliche linke **Mehrheiten** erkämpfen, gemeinsam mit den Menschen.

Unser Anspruch ist klar: Wir werden es nicht hinnehmen, bestehende Machtverhältnisse nur zu verwalten oder zu kritisieren. Wir wollen sie **aktiv verändern** – wir wollen nicht nur das Brot, sondern die ganze Bäckerei! Linke Politik heißt für uns: unbequem sein, streiten, organisieren und gemeinsam Perspektiven für eine gerechtere, solidarische und demokratische Gesellschaft schaffen.

Wir verstehen unsere Aufgabe als **linkes Korrektiv innerhalb der SPD, dies** wollen wir mehr denn je umsetzen. Wir sind der Stachel im Fleisch, der dafür sorgt, dass die sozialdemokratische Politik nicht im Klein-Klein erstickt, sondern die großen Fragen von **Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Gleichberechtigung** auf den Tisch bringt.

Unsere **Doppelstrategie** ist dabei unerlässlich: Wir sind gleichzeitig **innerhalb der Partei aktiv** und arbeiten **außerhalb in der Zivilgesellschaft, in Bündnissen und Gewerkschaften**, um progressive Politik sichtbarer, wirksamer und übergreifend zu machen. Veränderung entsteht nicht nur in Parlamenten und Gremien – sie entsteht dort, wo Menschen sich organisieren, streiten und solidarisch handeln.

Paint the whole town Red - Unsere Handlungsschwerpunkte

Im Kontext der Oberbürgermeister:innenwahl wollen wir uns aktiv einbringen – nicht nur als Wahlkampfunterstützer:innen, sondern als gestaltende Kraft. Wir beteiligen uns am gesamten Prozess: von der Vorbereitung über die Kampagne bis hin zur Begleitung der Kandidat:in. Dabei geht es uns nicht nur um Stimmen, sondern um Inhalte: Unsere Positionen sollen sichtbar und dauerhaft wirksam werden.

Unser Engagement endet nicht mit der Wahl. Innerhalb der Jusos und der SPD treiben wir weiterhin Reflexionsprozesse voran. Wir sprechen auch Themen an, die unliebsam oder schmerzhaft sind, und sorgen dafür, dass unsere Forderungen und Werte in Entscheidungen, Programme und Strukturen einfließen werden. Besonders auf Parteitag und in Gremien treten wir engagiert und kritisch-solidarisch auf, um sicherzustellen, dass linke, feministische, antifaschistische und sozialistische Perspektiven Gehör finden und umgesetzt werden. Uns reicht nicht das Versprechen von Veränderung – wir wollen sie sehen.

Wir wollen unsere Kampagne „Solidarität in Aktion“ weiterführen, denn sie zeigt, was linke Politik vor Ort bedeutet: Wir gehen zu den Menschen, hören zu und setzen uns für ihre Anliegen ein. Im letzten Jahr haben wir mit KüFas, Haustürgesprächen und direkter Ansprache sehr positive Erfahrungen gemacht und wertvolle Perspektiven mitnehmen dürfen. Das Feedback aus der Partei wie auch aus der Zivilgesellschaft war motivierend – es hat gezeigt, dass unsere Art, der Politik, ankommt und Veränderung spürbar macht. Diese Erfolge geben uns Mut und Zuversicht, unsere Arbeit in diesem Jahr konsequent fortzuführen und noch stärker zu machen.

Mit unseren Aktionen schaffen wir Begegnungen, die über den Wahlkampf hinausgehen. Unser Ziel bleibt es, den direkten Austausch mit den Bürger:innen auszubauen – denn echte Veränderung beginnt im Dialog. Ergänzend dazu organisieren wir Veranstaltungen und Formate, die die Themen und Positionen der Jusos in der Stadtgesellschaft sichtbar machen und den politischen Diskurs voranbringen.

Ein beständiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist der **Kampf gegen Rechts**. Nachhaltiger Antifaschismus braucht Wissen, Vernetzung und strategisches Handeln. Deshalb werden wir unsere Arbeit in Bündnissen, Initiativen und Netzwerken weiter intensivieren, sowohl stadtweit als auch auf Landes- und Bundesebene. Gleichzeitig setzen wir auf innerverbandliche Bildungsarbeit: Wir wollen die Strukturen rechter Ideologien AUFZEIGEN, dafür sensibilisieren und die Fähigkeiten stärken, ihnen entschlossen zu begegnen.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Entkriminalisierung antifaschistischer Arbeit und die Stärkung derjenigen, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren. Unser Ziel ist klar: Wir verteidigen Demokratie und Menschenrechte nicht nur reaktiv, sondern proaktiv. Indem wir soziale Ungleichheiten bekämpfen, politische Bildung fördern und solidarische Bündnisse schaffen, nehmen wir den rechten Kräften den Boden, auf dem sie wachsen könnten.

Rassismus ist tief in unserer Gesellschaft verankert – BIPOC und Menschen mit Migrationsgeschichte in Sachsen erfahren täglich Diskriminierung und Ausschlüsse. Unser **antirassistisches Engagement** basiert auf unserer sozialistischen Analyse der Gesellschaft: Wir wollen eine Welt der Freien und Gleichen, in der Herkunft oder ethnische Zugehörigkeit keine Grundlage für Ausschluss, Diskriminierung oder Marginalisierung bilden. Uns ist neu, dass Rassismus systemisch wirkt – in Schulen, am Wohnungsmarkt, in Behörden und im Alltag. Umso wichtiger ist es diese Strukturen aufzulösen und entschieden gegen sie einzustehen. Sie dürfen keine Barriere für Teilhabe darstellen. Im kommenden Arbeitsjahr wollen wir diese Analyse weiter vertiefen und in konkrete politische Forderungen sowie praktische Maßnahmen übersetzen – sichtbar sowohl innerhalb unseres Verbands als auch darüber hinaus.

Indem wir soziale Ungleichheiten bekämpfen, politische Bildung fördern und solidarische Bündnisse schaffen, nehmen wir den rechten Kräften den Boden, auf dem sie wachsen könnten.

Unser Engagement gegen jeden **Antisemitismus** gehört zum Kern unserer politischen Arbeit. Der rechtsterroristische Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 und die antisemitischen Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 haben auf brutale Weise gezeigt, wie tödlich antisemitischer Hass ist – und dass er sich jederzeit Bahn brechen kann.

Die gesellschaftliche Linke durchzieht ein regressiver Antikapitalismus, dessen verkürzte und personifizierte Kapitalismuskritik antisemitische Ressentiments und Chiffren bedient. Diese Form der Kapitalismuskritik verurteilen wir und erkennen Akteur*innen aus diesem Kontext nicht als Bündnispartner*innen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an.

Antisemitismus ist ein Problem der deutschen Kontinuitäten und tief in der Geschichte verwurzelt und kein Phänomen der letzten 20-30 Jahren. Dass jüdisches Leben in Deutschland bis heute unter Polizeischutz steht, ist eine politische Bankrotterklärung. In einer Zeit, in der jüdisches Leben in Deutschland durch Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden muss, mahnt uns die Geschichte: *„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“* (Primo Levi). Wir Jusos Leipzig stehen solidarisch an der Seite der Jüdinnen und Juden in Leipzig und weltweit. Dazu gehört unsere Solidarität mit dem Staat Israel als dem einzigen Ort, in dem Jüdinnen und Juden einen Schutzraum vor existenzieller Bedrohung haben. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft fortführen.

Diese Solidarität gilt für uns doppelt. Wir stehen zugleich an der Seite aller, die für Frieden, Sicherheit und gleiche Rechte für Israelis und Palästinenser:innen kämpfen.

Gleichzeitig setzen wir unsere Erinnerungs- und Gedenkarbeit fort, um historische Verantwortung wach und lebendig zu halten. █

Der Kampf gegen niedrige Löhne, prekäre Arbeitsbedingungen und soziale Ungleichheit ist für uns gelebter Sozialismus. Eine starke Bewegung von Arbeiter:innen und Beschäftigten kann wichtige Erfolge im antikapitalistischen Kampf erringen – wir stehen an ihrer Seite. Gemeinsam wollen wir für eine solidarische, gerechte Gesellschaft kämpfen, in der

Menschen vor Profit und Macht stehen. Dabei werden wir die Politisierung dieser Kämpfe mit unseren Bündnispartner:innen vorantreiben – ohne die Anliegen der Beschäftigten zu vereinnahmen. Politische Streiks müssen dabei als legitimes Mittel demokratischer Auseinandersetzung anerkannt werden.

We are all in this together - Unser Verband

Regelmäßige Treffen & Mitgliedseinbindung

Ein zentrales Element unserer Mitgliederbindung sind regelmäßige Juso-Veranstaltungen. Im vergangenen Jahr trafen wir uns im zwei Wochenrhythmus dienstags – an diese bewährte Struktur möchten wir anknüpfen und einen festen Wochentag für die regelmäßigen Treffen festlegen. Zusätzlich soll der Stadtvorstand in den anderen Wochen zu offenen Vorstandssitzungen zusammenkommen. Diese bieten nicht nur Raum für die inhaltliche Arbeit des Vorstands, sondern ermöglichen es auch allen Verbandsmitgliedern und Interessierten, eigene Ideen einzubringen und aktiv mitzugestalten.

Darüber hinaus wollen wir verstärkt auf offene und niedrigschwellige Socialising-Formate setzen. Gerade in der Sommerpause und im Dezember sollen Treffen stattfinden, die eine lockere Atmosphäre schaffen, um neue wie erfahrene Genoss*innen zusammenzubringen und für die politische Arbeit der Jusos zu begeistern.

Wir wollen unsere digitale Wissenssammlung weiter ausbauen und dafür sorgen, dass politische Arbeit im Verband transparent, zugänglich und nachhaltig organisiert ist. Wir wollen, dass Wissen nicht an Einzelpersonen hängt, sondern im Verband verankert und für alle Mitglieder niedrigschwellig zugänglich ist. Mit unseren Treffen, Neumitgliederbrunches und offenen Formaten werben wir für unsere Ideen, erreichen neue Mitglieder und bauen die Basis unserer solidarischen Gemeinschaft aus.

Digitale Wissenssammlung & Neumitgliederarbeit

Wir wollen in der Neumitgliederarbeit bewusst auf persönliche Begegnungen setzen: Sei es beim Neumitgliederbrunch, in Grundwerte-Workshops oder bei anderen Vernetzungsformaten. Wir wollen so neue Mitglieder nicht nur informieren, sondern aktiv einbinden und ihnen ermöglichen, sich als Teil unserer kämpferischen, solidarischen Gemeinschaft zu erleben.

#feminismusbande, Queerer Salon & Empowerment

Wir Jusos Leipzig setzen uns konsequent für emanzipatorische und feministische Werte ein. Die *#feminismusbande* stellt seit zwei Jahren einen wichtigen und kontinuierlichen Raum für Vernetzung und Empowerment dar – diesen wollen wir fortführen und die Erfahrungen, die wir dabei gesammelt haben, dauerhaft verankern. Parallel dazu soll der Queere Salon als kontinuierliches Format etabliert werden, um unterstützende Räume für alle Genoss*innen innerhalb des Verbandes zu schaffen. Der Stadtvorstand begleitet und unterstützt diese Initiativen aktiv und nach Bedarf.

Gezielt wollen wir Räume für Empowerment eröffnen – besonders für FINTA-Personen, queere Menschen und Genoss*innen, die von Rassismus betroffen sind. Zugleich wollen wir die politische Bildungsarbeit im gesamten Verband intensivieren, von Grundwerten bis hin zu praxisnaher Kampagnenarbeit.

Politische Bildung ist für uns kein Zusatz, sondern Kern linker Praxis. Mit Workshops, Grundwerte-Seminaren und kontinuierlicher Bildungsarbeit stärken wir die Analysefähigkeit unserer Mitglieder und befähigen sie, emanzipatorische und feministische Politik aktiv umzusetzen. Langfristig streben wir an, unseren Verband so zu entwickeln, dass emanzipatorische Korrekture immer weniger notwendig werden.

Awareness

Ein sicheres und respektvolles Miteinander ist nicht die Aufgabe Einzelner, sondern die Verantwortung des gesamten Verbandes. Deshalb wollen wir unsere Awareness-Arbeit weiterhin fest in unserer Verbandskultur verankern.

Auf größeren Veranstaltungen wird weiterhin ein Awareness-Team für ein geschütztes Klima sorgen. Gleichzeitig wollen wir das Bewusstsein für Awareness in der gesamten Mitgliedschaft stärken und begleitend die nötigen Kompetenzen vermitteln. Awareness ist kein Zusatz, sondern ein selbstverständlicher Teil unserer politischen Praxis

Öffentlichkeitsarbeit & Social Media

Das Niveau unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir halten und nach Möglichkeit weiter ausbauen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der personellen Stärkung unseres Social-Media-Teams: Der Stadtvorstand wird im kommenden Jahr ein neues Team gründen und es bei der Entwicklung klarer, praktikabler Arbeitsprozesse aktiv begleiten. Gleichzeitig wollen wir unsere Pressearbeit weiter pflegen und unsere Präsenz in der Stadtgesellschaft sichtbar ausbauen.

“Ich glaube an nichts, außer an dich und mich ”- Unsere Bündnispartner*innen

Als größte Arbeitsgemeinschaft und linkes Korrektiv der Stadtpartei stehen wir im kritisch-solidarischen Austausch mit der SPD. Mit Abgeordneten und Stadträtinnen *treten wir regelmäßig in Kontakt, um unsere Anliegen einzubringen, Themen zu besprechen und die Arbeit der Mandatsträgerinnen nachzuvollziehen.*

Unsere Bündnisarbeit führen wir aktiv fort und stärken sie weiter. Dazu zählen u. a. das Aktionsnetzwerk *Leipzig nimmt Platz*, das Bündnis zum Christopher Street Day, das Bündnis „8. März ist immer“ sowie Bündnisse zu Sozialprotesten in Leipzig. Wir beteiligen uns an Aktionen, rufen zu Demonstrationen auf und bringen unsere Positionen kritisch-solidarisch ein – auch innerparteilich.

Die Zusammenarbeit mit der Juso-Hochschulgruppe (JHG) wollen wir kontinuierlich ausbauen und vertiefen. Gemeinsam mit den Juso-Schüler*innen und -Azubis (JSAG) schaffen wir abgestimmte Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungsmöglichkeiten, um ihre Perspektiven dauerhaft in unsere Arbeit einzubringen und die Zusammenarbeit langfristig zu festigen.

Auch mit dem Landesvorstand der Jusos Sachsen und den anliegenden Unterbezirken (Nordsachsen, Landkreis Leipzig) pflegen wir regelmäßigen Austausch. Als progressive Partei Jugend bleiben für uns die *Linksjugend Leipzig*, die *Grüne Jugend Leipzig* sowie Gewerkschaftsjungen wichtige Partner*innen.

Wir Jusos Leipzig treten an, um linke Mehrheiten zu organisieren – mit den Menschen, für die Menschen. Wir kämpfen für eine Stadt und eine Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt als Profit, in der Rechte verteidigt und ausgebaut werden, und in der linke Ideen nicht nur diskutiert, sondern umgesetzt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Unsere OBM-Kampagne? Gestalten statt Verwalten! Ein Leipzig für die Vielen erkämpfen.

*Einbringer*in:*

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen:

Das Wahljahr 2027 wird nicht einfach. Es ist die Entscheidung darüber, ob Leipzig ein Leuchtturm für bleibt oder im Rechtsruck versinkt. Wir haben in den letzten Jahren schmerzhaft gelernt: Progressive Mehrheiten sind nicht einfach so gegeben. Ein rotes Rathaus ist kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis harter politischer Strategie und unermüdlicher Organisation.

Wir begreifen die kommende OBM-Wahl deshalb nicht als bloße Personalie oder als Pflichtaufgabe. Für uns ist diese Wahl eine politische Aufgabe. Wir brauchen eine organisierte Planung statt spontaner Einzelmaßnahmen. Wir brauchen eine Kampagne mit Kante, einer eindeutigen Erzählung und dem Mut, die Richtung vorzugeben, statt nur Narrativen anderer hinterherzurrennen. Wir wollen eine unmissverständliche Antwort auf die soziale Krise geben.

Unsere Strategie für Leipzig ruht auf drei Pfeilern, die direkt aus unseren Erfahrungen der letzten Jahre gewachsen sind:

1. Solidarität in Aktion: Politik zurück vor die Haustür bringen

Unsere Kampagne „Solidarität in Aktion“ hat gezeigt: Wir müssen dort sein, wo die Menschen sind – vor Ort, in den Kiezen. Das heißt: Haustürgespräche über zu hohe Mieten, steigende Preise, stagnierende Löhne, überlasteten ÖPNV. Wir reden darüber, wo es am Ende des Monats fehlt, und darüber, was die Menschen wirklich bewegt.

Diese Kampagne machen wir nicht nur **für** die Menschen – wir machen sie **mit** ihnen. Mit den Initiativen vor Ort, in der Nachbarschaft, ansprechbar und präsent, jeden Tag. Wer will, dass die Leute uns vertrauen, muss die soziale Frage wieder **mit ihnen** stellen – nicht über sie.

2. Strategischer Winterwahlkampf: Digital auf Augenhöhe

Die Bundestagswahl 2025 hat gezeigt, dass Wahlkampf in Zeiten rechter Hegemonie nicht leicht ist. Ein Winterwahlkampf macht es nicht unbedingt einfacher. Aber gerade dann müssen wir die Menschen dort abholen, wo sie sind, und präsent bleiben. Social Media ist für uns nicht nur ein Ort, um beliebig Sharepics hochzuladen. Es ist ein Raum, in dem wir politisch bilden, Debatten anstoßen und mobilisieren können. Wir brauchen eine Strategie, die unsere Vision von Leipzig erzählt und sie sichtbar macht.

3. Mobilisieren statt Verschieben: Neue Mehrheiten erkämpfen

Eine zentrale strategische Weichenstellung betrifft die Frage, wie wir Mehrheiten organisieren. Es ist weder realistisch noch ausreichend, darauf zu setzen, Wähler*innen von anderen progressiven Parteien abziehen. Wer lediglich Stimmen hin- und herschiebt, vergrößert den Pool an Unterstützer*innen nicht. Diese Strategie hat in der Vergangenheit nicht getragen und wird auch bei dieser OBM-Wahl keine tragfähige Grundlage bieten.

Gerade bei einer Oberbürgermeisterwahl können mobilisierte Erst- und Nichtwähler*innen wahlentscheidend sein. Der strategische Schwerpunkt liegt daher auf Erweiterung – nicht auf Umverteilung – des Wähler:innenpotenzials. Nur so können wir tragfähige progressive Mehrheiten sichern.

Unser Ziel ist klar: Wir müssen neue Wähler*innen erschließen. Das sind die, die sich vom System abgewendet haben – Nichtwähler*innen, Erstwähler*innen, Menschen, nicht vertreten fühlen. Wahlen gewinnt man, indem man denen eine Stimme gibt, die vorher keine hatten.

Für diese Gruppen brauchen wir eine Ansprache, die greifbar ist und sie wirklich erreicht. Wir müssen da sein, wo die Menschen sind, zuhören, sichtbar werden und zeigen, dass Politik für sie gemacht wird – nicht nur für die, die sowieso schon wählen gehen. Nur so können wir linke Mehrheiten erkämpfen, die über das bestehende Lager hinausgehen.

Wir wollen keine Verwaltung des Status Quo, sondern eine mutige Gestaltung für ein solidarisches Leipzig – frei vom Profitzwang im Wohnsektor und ehrlich im Umgang mit den Menschen.

Unsere Kampagne ist ein Versprechen: Wir Jusos Leipzig werden laut, unbequem und beharrlich bleiben – in der Partei und auf der Straße. Für eine starke linke Stimme in Leipzig. Für eine Politik, die niemanden zurücklässt.

Lasst uns Leipzig für die Vielen erkämpfen. Solidarisch, streitbar und mit dem Wissen, dass es sich lohnt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

“Wenn’s dir nicht gefällt, mach’ neu - wie man eine Stadt verändern muss, ohne die ‘mächtigen’ Männer”

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge Beschließen und an den Stadtparteitag der SPD Leipzig weiterleiten:

Leipzig wächst – und mit der Stadt wachsen auch die Herausforderungen an eine gerechte, sichere und inklusive Gestaltung öffentlicher Räume. Stadtplanung ist niemals neutral: Sie entscheidet darüber, wer sich sicher fühlt, wer sich willkommen fühlt und wer Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe hat. Noch immer sind Städte in ihrer Struktur und Gestaltung stark an männlich geprägten Lebensrealitäten orientiert. Eine feministische Stadtplanung setzt dem bewusst eine Perspektive entgegen, die die Bedürfnisse von FINTA-Personen, Kindern, älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und anderen marginalisierten Gruppen in den Mittelpunkt stellt.

Bau und Planungswesen

Eine Gesellschaft, ob Dorf oder Stadt, lebt von Teilhabe und Mitbestimmung. Der soziale Zusammenhalt stärkt, dennoch bleibt er vielen verwehrt.

Man könnte meinen, dass Leipzig als eine 15-Minuten Stadt sehr inklusiv und bedürfnisorientiert ausgestattet ist, dennoch gibt es weiterhin Barrieren, die zu erkennen und zu beseitigen sind. Die Anerkennung, dass FINTA öffentliche Räume anders nutzen, sollte Gehör finden. Schlecht einsehbare Ecken und Wege, können durch die Anbringung von Spiegeln, Verbreiterung von Fuß- und Radwegen und eine bessere Beleuchtung sind nur Beispiele, für erste Schritte, in die richtige Richtung.

Die “Neue Leipzig-Charta” gibt ein strategisches Rahmenwerk vor, um eine Stadtentwicklung voranzubringen, die auch Menschen im Rollstuhl sieht und nicht nur jene im Benz. Oder die Mutter mit Kinderwagen, statt des Geschäftsmannes mit Aktenkoffer. Sie sieht Stadtentwicklung als Aufgabe aller Bürger*Innen.

Die Charta beschreibt 3 räumliche Ebenen der Stadt. Zunächst das Quartier, dann die Kommune und zuletzt funktional zusammenhängende Räume.

Auf letztere wollen wir ein gesondertes Augenmerk legen. Wenn man sich das Zentrenkonzept Leipzigs anschaut, stellt man im Vergleich zu anderen nahegelegenen Großstädten schnell fest, dass es große Versorgungslücken zwischen den Zentren gibt. Diese Lücken gelten oftmals als Angsträume. Hierfür fordern wir einen optimierten Flächennutzungsplan, da Angst dort entsteht, wo Hilfe nicht gewährleistet werden kann. Keine FINTA* hat Angst an belebten Orten keine Hilfe zu bekommen, weil sie Gewalt erfahren hat. Nachts im Dunkeln, auf dem Heimweg oder in abgelegenen Straßen ohne Geschäfte sieht die Situation anders aus. Der 2009 beschlossene Stadtentwicklungsplan geht uns Jusos nicht weit genug. In den Schwerpunkten kann man zwar herauslesen, dass die Zentren verflochtener sein sollen bzw. ihr Wirkungsbereich gestärkt werden soll, dennoch wird auch hier die Priorisierung auf das Stadtzentrum gelegt. Zudem wird betont, dass gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden sollen. Nun wollen wir in die Umsetzung kommen, auch außerhalb der Innenstadt, durch konsequente Ausrichtung auf das Gemeinwohl und die Verantwortung von Städten.

Wir Jusos fordern daher:

- Die Einbindung von FINTA als eine feste Stabsstelle in der Bauverwaltung, die FINTA Perspektiven anmahnen und priorisieren als verpflichtendes Vorverfahren für Bauvorhaben
- Die Dezentralisierung des Zentrenkonzepts der Stadt Leipzig durch Schließung der Versorgungslücken und Stärkung von v.a. Magistralen und Zentren in Stadtrandlagen und -teilen ohne Abdeckung
- die Umsetzung der Neuen Leipzig-Charta mit besonderer Priorisierung auf die Thematik Inklusion (Stichwort: Gerechte, Grüne und produktive Stadt)

Öffentliche Veranstaltungen

Städte haben die Möglichkeit, die Lebenssituation für FINTA zu verbessern. Oft sieht man in öffentlichen Räumen jedoch das Gegenteil. Die Bedürfnisse von FINTA Personen zu erfüllen, sollte daher das Mindestmaß sein.

Wenn man über verschiedene Veranstaltungen denkt, denkt jeder aus einer anderen Perspektive an eben diese. Ob wirtschaftliche, freizeitorientierte, private oder kulturelle Ereignisse. Zu letzteren gibt es oft sehr gemischte Meinungen vor allem im Spektrum der Fußballwelt. In männlich gelesenen Kontext ein Anlass, um sich auf dem Weg zum Veranstaltungsort, den gewählten Verein in aller Ausgelassenheit zu unterstützen und zu feiern. Die aus FINTA Sicht jedoch schnell eine Belastung darstellt, wenn sie in der Bahn nicht nur gecatcallt, sondern ggf. auch durch alkoholisierte euphorische Fußballfans sexuelle Gewalt erfahren müssen. Da sich diese und ähnliche Ereignisse nicht nur bei Fußballspielen abspielen, darüber hinaus auch bei anderen öffentlichen Veranstaltungen, sehen wir die Verantwortung klar bei der Stadt.

Deshalb fordern die Jusos Leipzig:

- erweitertes Awarenessskonzept für Fußballspiele (Einspieler auf Fahrgastfernsehen)
- gezielte Schulung für Sicherheitskräfte und Awarenessarbeit
- verpflichtendes Awarenesssteam für öffentliche Veranstaltungen

Aufenthaltssorte, Grün- und öffentliche Flächen

Im Zentrum bei dem Thema ist für uns Jusos eine bedürfnisorientierte Gestaltung von Sitzflächen. Statt isolierter Einzelbänke braucht es vermehrt gegenüberliegende und gruppierte Sitzgelegenheiten, die Kommunikation ermöglichen, soziale Kontrolle fördern und insbesondere FINTA-Personen ein höheres Sicherheitsgefühl bieten. Öffentliche Räume dürfen nicht nur Durchgangsorte sein, sondern müssen zum Verweilen, Austauschen und Erholen einladen.

Gleichzeitig ist der konsequente Ausbau barrierefreier Zugänge zu Parks, Straßen und Gebäuden unerlässlich. Barrierefreiheit bedeutet Teilhabe für alle und darf nicht als Zusatz, sondern muss als grundlegendes Planungsprinzip verstanden werden. Der sogenannte Curbcut-Effekt verdeutlicht, dass Maßnahmen für Menschen mit

Behinderungen einen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert schaffen, indem sie ebenso Eltern mit Kinderwagen, älteren Menschen oder Personen mit Gepäck zugutekommen. Eine inklusive Stadt ist eine gerechte Stadt.

Spielplätze müssen als sichere Schutzräume für Kinder und ihre Begleitpersonen gestaltet werden. Ein konsequentes Rauch- und Alkoholverbot ist dabei ein notwendiger Schritt, um gesundheitliche Risiken zu minimieren und eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich insbesondere Kinder und FINTA-Personen sicher und wohlfühlen können.

Ein weiterer Aspekt feministischer Stadtplanung ist der flächendeckende Ausbau öffentlicher Toiletten. Der Mangel an frei zugänglichen, sauberen Sanitäreinrichtungen schränkt vorwiegend Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit massiv ein. Menstruation, Schwangerschaft, gesundheitliche Gründe sowie Sicherheitsbedenken machen den kostenlosen Zugang zu Toiletten für Frauen unverzichtbar. Öffentliche Toiletten sind ein grundlegender Bestandteil sozialer Infrastruktur und dürfen keine Frage des Geldbeutels sein.

Auch scheinbar einfache Maßnahmen wie der Ausbau von Mülleimern tragen wesentlich zur Aufenthaltsqualität und Sicherheit im öffentlichen Raum bei. Saubere, gepflegte Flächen fördern das subjektive Sicherheitsgefühl und laden zum Verweilen ein, während Vermüllung soziale Nutzung hemmt und öffentliche Räume entwertet.

Darüber hinaus braucht Leipzig, vor allem in außenliegenden Gebieten, wie Gohlis-Nord, Stötteritz, Lößnig, Engelsdorf oder Grünau, mehr konsumfreie und niedrigschwellige Aufenthaltsorte, insbesondere für FINTA-Personen, Jugendliche und Menschen. Cafés, Jugendtreffs und quartiersbezogene Begegnungsorte stärken soziale Teilhabe, fördern Vernetzung und beugen Isolation vor. Gerade in den Randbezirken sind solche Orte essenziell, um gleichwertige Lebensverhältnisse in der gesamten Stadt sicherzustellen. Parks und Grünflächen müssen zudem vielfältiger nutzbar gestaltet werden. Der bisherige Fokus auf klassische, männlich dominierte Sportarten wie Fußball und Basketball greift zu kurz. Notwendig ist ein breiteres Freizeitangebot, das auch Tischtennis, Volleyball, Badminton, Federball und andere niedrigschwellige Bewegungsformen umfasst. Dadurch werden Parks zu inklusiven Bewegungs- und Begegnungsräumen für alle Altersgruppen und Geschlechter.

Ein zentrales Anliegen der feministischen Stadtplanung ist überdies die stärkere Sichtbarmachung von Hilfsangeboten, vorwiegend in enger Zusammenarbeit mit Schulen. Informationen zu Unterstützungsstrukturen bei Gewalt, Diskriminierung und psychischen Belastungen müssen niedrigschwellig, mehrsprachig und flächendeckend zugänglich sein, um Prävention zu stärken und Betroffenen frühzeitig Hilfe zu ermöglichen.

Ergänzend fordern wir eine stadtweite Aufklärungsplakatkampagne zum Thema Gewalt gegen Frauen. Gewalt ist kein individuelles Problem, sondern Ausdruck patriarchaler Machtverhältnisse. Eine sichtbare Kampagne kann Bewusstsein schaffen, Solidarität stärken, Betroffene ermutigen und klare gesellschaftliche Grenzen gegenüber Tätern setzen.

Die Förderung feministischer Gedenkkultur und die Errichtung von Denkmälern zur Erinnerung an die Opfer patriarchaler Gewalt müssen endlich als politische Pflichtaufgabe anerkannt werden. Die systematische Unsichtbarmachung dieser Gewalt im öffentlichen Raum ist Ausdruck fortbestehender patriarchaler Machtverhältnisse und darf nicht länger

hingenommen werden. Sichtbare, zentral platzierte Denkmäler sind notwendig, um Betroffene zu würdigen, Täterstrukturen zu benennen und gesellschaftliche Verantwortung einzufordern. Eine feministische Stadt darf Gewalt gegen Frauen und FINTA weder verschweigen noch relativieren, sondern muss Erinnerung, Aufklärung und politische Konsequenzen unmissverständlich ins Stadtbild einschreiben. Ein Beispiel ist in Leipzig hierfür der Phia e.V. der sich für ein Denkmal, bezüglich dieses Themas, am Dorotheenplatz in Leipzig einsetzt.

Eine feministische Gestaltung von Aufenthaltsorten, Grün- und öffentlichen Flächen ist somit kein Nischenthema, sondern eine zentrale Voraussetzung für eine gerechte, solidarische und lebenswerte Stadt. Leipzig muss diese Verantwortung annehmen und feministische Perspektiven dauerhaft in Stadtplanung, Gestaltung und Verwaltung verankern.

Deshalb fordern die Jusos Leipzig:

- bedürfnisorientierte Sitzflächen in Parkanlagen
- Barrierefreie Zugänge zu Parks, Straßen und Gebäude
- Ein Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen
- Den Ausbau öffentlicher Toiletten
- Mehr Mülleimer im öffentlichen Raum
- Die Schaffung und Förderung von Aufenthaltsorten vor allem in außenliegenden Gebieten
- Den Ausbau von Freizeitaktivitäten in Parks
- Ein stärkeres Sichtbarmachen von Hilfsangeboten auch in Zusammenarbeit mit Schulen
- Eine Aufklärungsplakatkampagne zum Thema "Gewalt gegen Frauen"
- Die Errichtung gezielter Orte, an denen feministische Gedenkkultur möglich gemacht werden (durch bspw. Denkmäler)

Mobilität

Für uns gilt: Eine Stadt gehört den Menschen und nicht den Autos.

Der Straßenverkehr in Leipzig muss endlich gebändigt werden, viel zu oft liest man von Unfällen zwischen Autos und Straßenbahnen, Autos und Menschen, Autos und Häusern, man könnte diese Liste unendlich lang fortführen. Studien haben gezeigt, dass man das Problem mit dem Verkehr nicht durch mehr Spuren und breitere Straßen löst, sondern es verschlimmert. Leipzig braucht keine sechsspurige Innenstadtautobahn, Leipzig braucht Sicherheit im Straßenverkehr. Da weniger Platz für Autos immer mehr Platz für Menschen bedeutet. Im Zusammenhang damit muss die Straßenbeleuchtung verbessert werden, Städte wie Dresden machen es vor: Wo es weniger dunkle Stellen gibt, fühlen sich die Menschen sicherer. Wer draußen unterwegs ist, merkt gerade im Sommer, an der Straße sitzt es sich schlecht, nicht nur, weil es durch die Straße zu laut ist, nein, es fehlen generell die Möglichkeit sich zu Setzen und es ist viel zu heiß, beides muss durch mehr Sitzgelegenheiten und mehr Begrünung am Straßenrand geändert werden.

Für uns ist klar, nur eine Anbindung an die Gesellschaft, hilft gegen Ausgrenzung.

In einer Stadt, die für alle da ist, ist ein gut-ausgebauter öffentlicher Verkehr unabdingbar. Von zuverlässigen und verfügbaren ÖPNV-Angeboten profitieren insbesondere diejenigen, die sich kein Auto leisten können, keins besitzen oder aus verschiedenen Umständen keins fahren können. Es muss daher klar für uns sein, dass der ÖPNV oberste Priorität genießen muss.

Leipzig hat bereits ein relativ gut ausgebautes Straßenbahn-, Bus- und S-Bahn-Netz. Allerdings zeigen sich dabei bereits Schwachstellen, vor allem dadurch bedingt, dass das Netz nicht im gleichen Umfang gewachsen ist, wie es Leipzig als Stadt tut. Das wird vorrangig in den außenliegenden Stadtteilen sichtbar, so fallen vermehrt Linienbusse weg, die durch das Flexa-Angebot ersetzt werden sollen, leider wird damit im Regelfall nicht das gewünschte Ziel erreicht, sondern die Außenbezirke werden immer weiter abgehängt. Flexa muss umgebaut werden, von einem städtischen Taxiservice in den Randgebieten der Stadt, hin zu einem Benutzer:innenfreundlichen Angebot, das die außenliegenden Stadtbezirke mit der Innenstadt oder zumindest dem nächsten großen Einkaufszentrum verbindet. Flexa darf zudem nicht die Linienbusse ersetzen, es sollte diese lediglich ergänzen, an dieser Stelle muss, wenn sich ein wirtschaftlicher Betrieb mit großen Bussen nicht lohnt, mindestens ein Kleinbus als Alternative fahren.

Ebenso wie die Außenbezirke mit Flexa besser angebunden werden sollen, müssen die Stadtquartiere durch dichter getaktete und zuverlässigere Quartierbusse mobiler werden. Ein echter Quartierbus verbindet das Stadtquartier untereinander, Arztpraxen, Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, mit den Wohngebieten. Es bringt nichts, wenn so ein Bus einmal in der Stunde fährt, so ein Bus muss mindestens alle 20 Minuten fahren, um eine echte Alternative zum Auto herzustellen.

Das wohl größte Manko des ÖPNV in Leipzig ist der Nachtverkehr. Leipzig schläft, wie jede Großstadt nie, aber wer Feiern geht, Nachtschicht schiebt oder zu später Stunde noch unterwegs ist, merkt: Die LVB schläft aktuell noch gern und vor allem viel. Wir begrüßen die aktuelle Entwicklung, der Wiedereinführung von Nachstraßenbahnen und einem ziemlich umfassenden Nacht-Busnetz, welches einige Lücken schließt. Ein großes Defizit dieses Netzes ist, dass es mit vielen Umstiegen verbunden sein wird und dass unter der Woche nur stündlich Straßenbahnen fahren. Für uns ist klar, in dieser Form ist das zwar ein Schritt in die richtige Richtung, wir sehen aber noch dringenden Verbesserungsbedarf. So muss es zum einen mindestens zwei Ringbusse geben, die zum einen die "Mittleren" Stadtteile, wie Stötteritz, Mockau, Leutzsch, Kleinzschocher usw. miteinander verbinden und mindestens einen weiteren, der die Außenliegenden Stadtteile wie Knautkleeberg, Dölitz-Dösen, Liebertwolkwitz, Kleinpösna, Lindenthal usw. miteinander verbindet. So kann man sicherstellen, dass man Nachts mit so wenig Umstiegen wie möglich sicher zu Hause ankommen wird. Zum anderen muss auch unter der Woche ein durchgehender Halbstundentakt gelten. Zusätzlich zu den Nachtstraßenbahnen und den Nachtbussen muss es ein Nacht-Flexa geben, dass die sehr abgelegenen Teile der Stadt mit dem ÖPNV erreichbar macht. Auch hier begrüßen wir das Pilotprojekt in Leipzig Nord-Ost. In diesem Zuge sollte es ein, von der Stadt angebotenes "Heimwegtelefon" geben, dass nach den bekannten Modellen der Heimwegtelefone funktioniert, d.h. dass man auf dem Nachhauseweg eine bestimmte und bekannte Nummer anrufen kann, bei dem man von einem Menschen auf dem Heimweg telefonisch begleitet wird. Am Telefon ist es dann

möglich, den aktuellen Standort durchzugeben und ggf. Gefahrensituationen sofort melden zu können.

Mit dem ÖPNV kann es alleine aber nicht getan sein. Der individuelle Straßenverkehr stellt für viele Mobilitätsformen entweder ein Hindernis oder zu großen Teilen eine echte Gefahr dar, insbesondere Radfahrende und Fußgänger:innen sind wohl am meisten betroffen, diese müssen wir gesondert schützen. Fuß- und Radwege müssen physisch vom Straßenverkehr abgetrennt sein und das am besten durch Barrieren oder besser noch durch Bäume und Begrünung. Ebenso hinderlich für die Wege durch die Stadt sind die Ampelschaltungen, die vornehmlich am Ring deutlich Autofahrer:innen bevorzugt, auch das muss zu Gunsten der Radfahrenden und Fußgänger:innen verändert werden. Zusätzlich muss es an mehr Ampeln in Leipzig den Grünen-Blechpfeil für Radfahrende geben.

Wenn es trotz Klimawandel mal in Leipzig schneit, dann wird relativ schnell sichtbar, wem die Prioritäten unserer Stadt gelten, die Antwort lautet auch hier: dem Auto. Fuß- und Radwege werden, wenn überhaupt, nur sehr spät geräumt oder besser noch, mit dem Schnee von der Straße blockiert. Wenn Fuß- und Radwege rutschig, vereist und verschneit sind, dann bringt man vor allem die in Gefahr, die kein Auto besitzen, das darf so nicht sein, wir müssen dafür sorgen, dass Fuß- und Radwege endlich eine Priorität im Räumkonzept der Stadt Leipzig bekommen.

Ein guter Radweg hat folgende Qualitäten: Er ist durchgängig, er ist gut ausgeschildert, er ist physisch vom Straßenverkehr abgetrennt und er ist gut gepflegt. In allen diese Kategorien versagt die Stadt Leipzig auf ganzer Linie. Dazu muss man sich nur einmal die Umgebung der Deutschen Nationalbibliothek anschauen: Fahrradwege, die nur aufgemalt sind, fehlende Abbiegespuren, Einreihung in den Straßenverkehr vom Radweg, Buckelpiste auf der Straße des 18. Oktober, und mangelhafte Ausschilderung. Und dieser Ort ist nur einer von Vielen in der gesamten Stadt, nicht viel besser ist es am Ring, dort dient Grüne und Weiße Farbe der einzigen richtigen Unterscheidung zwischen einer Sechsspurigen Innenstadtautobahn und dem Radweg. Auch hier stellen wir wieder fest: Farbe ist keine Infrastruktur. Die Radwege in Leipzig müssen wie ein richtiges Straßennetz funktionieren und nicht wie ein loser Flickenteppich zwischen Farbe und Buckelpiste.

Für uns gilt im Straßenverkehr, das aus dem Kindergarten bekannte Prinzip: Sharing is caring. Es muss mehr Sharing-Angebote in Leipzig geben und diese müssen vor allem deutlich Benutzer:innenfreundlicher ausfallen. Die Miet-Räder und Miet-Roller brauchen keine eigenen Abstellflächen, insbesondere nicht, wenn diese sich mitten im Nirgendwo befindet. Wir verstehen das Problem, dass falsch abgestellte E-Roller dafür sorgen, dass Fuß- und Radwege versperrt werden können. Die Lösung mit Parkflächen führt aber dazu, dass weniger Menschen auf diese Konzepte zurückgreifen. Eine Alternative wäre, die Betreiber dafür zu belohnen, die dann Strafen an die Nutzer:innen weitergeben und dass Fußwege, die zu eng sind, um dort Roller oder Fahrräder abzustellen, zu Parkverbotszonen in den jeweiligen Apps gemacht werden. In diesem Zuge muss es deutlich mehr Lastenräder geben, die gemietet werden können.

Neben E-Rollen und Fahrrädern sind auch Car-Sharing-Modelle ein großer Zugewinn für Leipzig. Auch hier gilt es weiter auszubauen, diese Modelle haben bewiesen, dass man den Leuten einen Umstieg vom eigenen Auto sehr einfach machen kann. Vor allem durch das

Stationslose Konzept "Cityflitzer", diese Autos sind ständig in der ganzen Stadt verteilt und jederzeit für alle Menschen nutzbar, also es wäre schön, wenn das auch stimmen würden, denn gerade die Stadtteile, in denen ein solches Konzept eine hervorragende Ergänzung zum ÖPNV darstellen würde, gibt es das nicht. Das "Cityflitzer"-Gebiet erstreckt sich nur über den inneren Teil der Stadt, die Außenbezirke sind mal wieder außen vor.

Abschließend müssen wir dafür sorgen, dass der ÖPNV in Leipzig attraktiv bleibt und nicht von CDU und Co. kaputt gemacht wird. Priorität Nummer eins muss es für uns sein, dass eine Ausfinanzierung unabdingbar ist, wir müssen ein Szenario wie in Dresden bei uns in Leipzig verhindern, es darf nicht sein, dass dieser Unglaublich wichtige teil der öffentlichen Daseinsvorsorge einfach so eingekürzt wird. Ganz im Gegenteil müssen wir uns dafür starkmachen, dass der Ausbau der Straßenbahn in Leipzig endlich mit erhöhter Geschwindigkeit vorangeht, es ist peinlich, dass das einzige öffentlich (zumindest teilweise) bekannte Projekt die Südsehn ist, die zwar seit Jahren diskutiert wird, wo sich aber dennoch nichts zu regen scheint. Es muss schneller gehen und vor allem muss mehr Passieren. Langfristig muss der ÖPNV in Leipzig zudem Kostenlos werden.

Deshalb fordern die Jusos Leipzig:

- die Straßen in Leipzig auf maximal eine Spur pro Fahrtrichtung zu begrenzen;
- Fuß- und Radwege in Leipzig auszubauen und zu verbreitern;
- das Beleuchtungskonzept der Stadt Leipzig auszubauen und für mehr Beleuchtung auf; den Straßen und in den Parks zu sorgen;
- mehr Grünflächen mit Sitzgelegenheiten am Straßenrand;
- das Flexa-Angebot so auszubauen, dass die Randgebiete der Stadt mit der Innenstadt und den nächstgelegenen Einkaufszentren durchgehend verbunden werden und Linienbusse in Zukunft durch das Angebot nicht mehr ersetzt, sondern ergänzt werden;
- in den Stadtquartieren echte Quartierbusse, die innerhalb der Quartiere für echte Anbindung sorgen und mindestens alle 20 Min. fahren;
- die Verbesserung des Nachtangebots der LVB durch die Ausweitung des 30-Minuten-Takes auf die Tage Montag bis Freitag, die Einführung von zwei Ringbussen, die sowohl die ans Zentrum grenzende Stadtteile als auch die Stadtteile am Stadtrand untereinander verbinden und ein umfassendes Nachttaxi der LVB, dass Menschen in nicht angebundene Stadtteile bringt;
- in Verbindung mit der Verbesserung des Nachtangebots ein Heimwegtelefon, das von der Stadt Leipzig angeboten wird;
- Fuß- und Radwege physisch vom Straßenverkehr abzutrennen;
- Fußgänger:innen, Radfahrende und den ÖPNV bei den Ampelschaltungen deutlich zu bevorzugen;
- den Blechpfeil für Radfahrende an mehr Ampeln in Leipzig anzubauen;
- das beim Räumen von Fuß- und Radwege sowie Haltestellen die Stadt Leipzig einspringt, wenn Anwohner:innen bzw. Hausverwaltungen oder die LVB ihrer Pflicht nicht nachkommt;
- das ein Fahrradwegenetz entworfen wird, das durchgängig, gut ausgeschildert und physisch vom Autoverkehr getrennt ist und wie ein eigenes Straßennetz lückenlos durch die Stadt führt;

- die Mieträder und Mietroller in Leipzig von ihren Packstationen zu trennen und das Abstellen an weiteren sicheren Orten zu ermöglichen;
- das Carsharing Angebot auszubauen und ein stationsloses Konzept auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten;
- die Finanzierung der LVB langfristig sicherzustellen;
- der Ausbau des Straßenbahnnetzes zu fördern und zu beschleunigen;
- Langfristig den ÖPNV in Leipzig kostenlos zu gestalten und
- bis zur Vollendung dessen eine Monatskarte in Leipzig, im Kreis Leipzig und im Landkreis Nordsachsen, einzuführen, die maximal zehn Euro kostet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Eine Gute Welt für Alle?! Inklusion als sozialistischer Auftrag - Differenz wird zur Benachteiligung, wenn Strukturen versagen

Einbringer*in:

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen an den Bundeskongress der Jusos weiterreichen

Als Jusos und SPD kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt partizipieren können und niemand vergessen wird. Inklusion ist kein Randthema, sondern eine grundlegende Gerechtigkeitsfrage. Sie entscheidet darüber, wer mitgestalten kann und wer systematisch ausgeschlossen bleibt.

Dabei ist uns bewusst, dass wir diesen Antrag aus einer Perspektive formulieren, die selbst nicht frei von Privilegien ist. Inklusionspolitik darf nicht über die Köpfe derjenigen hinweg gemacht werden, die von Ausgrenzung betroffen sind. Deshalb verstehen wir diesen Antrag als Ergebnis eines bewussten Austauschs. Die Jusos Leipzig haben im vergangenen Jahr gezielt den Dialog mit Inklusionsnetzwerken, Selbstvertretungsorganisationen und Wissenschaftler*innen gesucht, eigene Veranstaltungen zum Thema Inklusion durchgeführt und Forderungen gemeinsam diskutiert. Teile der hier formulierten politischen Forderungen basieren auf einem Forderungskatalog von Inklusionsreferent*innen des FRILEFT-Projekts der Universität Leipzig, den wir aufgegriffen, weiterentwickelt und ergänzt haben. Die Betroffenenexpertise ist für uns keine symbolische Ergänzung, sondern eine politische Grundlage.

In Deutschland leben Millionen Menschen mit Behinderungen. Über zehn Millionen Menschen haben eine amtlich anerkannte Behinderung, rund 7,9 Millionen gelten als schwerbehindert. Doch diese Zahlen erfassen nur einen Teil der Realität. Viele Menschen mit chronischen Erkrankungen, psychischen Belastungen, unsichtbaren Behinderungen oder temporären Einschränkungen tauchen in keiner Statistik auf, sind aber dennoch von strukturellen Barrieren betroffen. Inklusion ist daher kein Spezialthema für eine klar abgegrenzte Gruppe, sondern betrifft weite Teile der Gesellschaft. Der Abbau von Barrieren kommt nicht nur Einzelnen zugute, sondern verbessert Lebensbedingungen für alle.

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Jahr 2009 hat sich Deutschland verpflichtet, die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen als Menschenrecht umzusetzen. Inklusion ist seitdem keine freiwillige soziale Leistung mehr, sondern eine rechtliche und moralische Verpflichtung des Staates. Dennoch zeigen die wiederholten Hinweise des UN-Fachausschusses, dass die Umsetzung der UN BRK weiterhin unzureichend bleibt. Segregierende Strukturen bestehen fort, finanzielle Mittel reichen häufig nicht aus, und Inklusion wird zu oft als Zusatzaufgabe verstanden, nicht als Querschnitts Auftrag.

Gleichzeitig offenbart sich ein grundlegendes gesellschaftliches Problem: Das kapitalistische Leistungs- und Effizienzprinzip bewertet Menschen nach Verwertbarkeit.

Wer nicht in vorgegebene Normen passt, wird strukturell benachteiligt. Inklusion bedeutet daher für uns nicht Gleichmachung, sondern Differenzgerechtigkeit. Unterschiedliche Lebenslagen, Bedürfnisse und Potenziale müssen anerkannt und durch gerechte Ressourcenverteilung ausgeglichen werden. Inklusion heißt, Strukturen so zu verändern, dass Vielfalt nicht als Abweichung, sondern als Normalität verstanden wird.

Rechtliche Anerkennung allein reicht nicht aus. Es braucht strukturelle, gesellschaftliche und vor allem finanzielle Veränderungen. Inklusion betrifft Bildungssysteme, Arbeitsmärkte, digitale Räume, politische Institutionen und auch unsere eigenen Organisationsstrukturen. Als SPD und Jusos tragen wir nicht nur politische Verantwortung nach außen, sondern auch Verantwortung für die Art und Weise, wie wir Beteiligung nach innen ermöglichen.

Wenn wir glaubwürdig für eine gerechte Gesellschaft eintreten wollen, müssen wir dafür kämpfen, Inklusion konsequent umzusetzen, gesellschaftlich und innerparteilich.

Bildungssystem

Ein besonders deutliches Beispiel für unzureichende Inklusion findet sich im deutschen Bildungssystem. Trotz des menschenrechtlichen Anspruchs auf inklusive Bildung bestehen in Deutschland weiterhin parallele Strukturen aus Regel- und Förderschulen. Die Exklusionsquote ist in vielen Bundesländern nach wie vor sehr hoch. Der UN-Fachausschuss zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kritisiert seit Jahren, dass segregierende Strukturen nicht konsequent abgebaut werden. Gleichzeitig fehlt es vielen Regelschulen an ausreichenden personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen, um Inklusion qualitativ umzusetzen. Langfristig trägt dieses System dazu bei, Vorurteile zu reproduzieren und gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen.

Deshalb fordern wir:

- Eine verbindliche, dauerhafte und auskömmliche Finanzierung inklusiver Schulstrukturen durch Bund und Länder.
- Den massiven Ausbau multiprofessioneller Teams aus Lehrkräften, Sonderpädagoginnen, Schulsozialarbeiterinnen und Therapeut*innen.
- Kleinere Lerngruppen und flexible Lernstrukturen, die individuelle Förderung ermöglichen.
- Eine verpflichtende, umfassende Ausbildung zu inklusiven Konzepten, Antidiskriminierung, Differenz- und Diskriminierungssensibledidaktik im Lehramtsstudium.
- Der barrierefreie Umbau von Bildungseinrichtungen u.a. baulich, digital und didaktisch.

Unser langfristiges Ziel ist:

- Die schrittweise Überführung des bestehenden Förderschulsystems in ein inklusives Gesamtsystem, in dem alle Kinder gemeinsam lernen können.

- Ein Bildungssystem, das Unterschiede nicht separiert, sondern durch gezielte Ressourcen ausgleicht und Rahmenbedingungen schafft, damit jedes Kind sein Potential entfalten kann.

Dabei gilt: Jeder konkrete Schritt hin zu mehr gemeinsamer Bildung, besserer Ausstattung und echter Teilhabe ist ein Fortschritt. Unser Anspruch bleibt jedoch die strukturelle Transformation hin zu einem inklusiven Bildungssystem.

Arbeitsmarkt

Auch im Bereich Arbeit bleibt die gleichberechtigte Teilhabe vieler Menschen mit Behinderungen strukturell eingeschränkt. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit (Schwer-)Behinderung liegt deutlich über der allgemeinen Quote. Gleichzeitig erfüllen zahlreiche Unternehmen ihre gesetzliche Beschäftigungspflicht nicht vollständig und zahlen stattdessen die Ausgleichsabgabe.

Hinzu kommen strukturelle Barrieren: mangelnde Barrierefreiheit am Arbeitsplatz, fehlende Assistenzsysteme, starre Arbeitszeitmodelle oder Vorannahmen über Leistungsfähigkeit. Diese Strukturen führen dazu, dass viele Menschen keinen gleichberechtigten Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten.

Werkstätten für Menschen mit Behinderungen bieten für viele derzeit Beschäftigte Stabilität und Schutzräume. Gleichzeitig stehen sie seit Jahren in der Kritik, weil Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt selten gelingen und die Entlohnung deutlich unterhalb des regulären Arbeitsmarkt-Niveaus liegt. Zudem werden in Werkstätten Arbeiter*innen mit Behinderung, welche für den 1. Arbeitsmarkt qualifiziert sind, gezielt zurückgehalten, damit Quoten in den Betrieben erfüllt werden und Werkstätten profitabel gehalten werden können. Ein inklusiver Arbeitsmarkt darf nicht von Sonderstrukturen abhängig sein.

Inklusion im Arbeitsleben bedeutet echte Wahlfreiheit, faire Bezahlung und strukturelle Barrierefreiheit.

Deshalb fordern wir:

- Die konsequente Durchsetzung und perspektivische Verschärfung der Beschäftigungspflicht für Unternehmen.
- Eine deutliche Erhöhung und wirksame Ausgestaltung der Ausgleichsabgabe, sodass Nichtbeschäftigung finanziell unattraktiv wird.
- Öffentliche Förderprogramme für barrierefreie Arbeitsplätze, Assistenzsysteme und flexible Arbeitsmodelle.
- Einen gesetzlichen Anspruch auf barrierefreie Arbeitsbedingungen - baulich, digital und organisatorisch.
- Mindestlohn und volle Arbeitnehmer*innenrechte für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen.
- Den systematischen Ausbau individueller Unterstützungsangebote, um Übergänge in reguläre Beschäftigung zu erleichtern.

Unser langfristiges Ziel ist:

- Die schrittweise Transformation von Werkstätten in tariflich entlohnte, sozialversicherungspflichtige, sichere und inklusive Beschäftigungsstrukturen mit echter Wahlfreiheit.
- Ein Arbeitsmarkt, in dem Behinderungen nicht über Erwerbschancen entscheiden.

Jede Verbesserung von Entlohnung, Mitbestimmung und Durchlässigkeit ist ein Schritt in die richtige Richtung. Unser Anspruch bleibt jedoch eine Arbeitswelt, in der Sonderstrukturen nicht notwendig sind, weil Barrieren systematisch abgebaut wurden.

Digitaler Raum

Die Digitalisierung durchdringt nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche von Bildung über Arbeit bis hin zu politischer Teilhabe. Digitale Angebote sind längst keine Ergänzung mehr, sondern Voraussetzung für gesellschaftliche Mitwirkung.

Digitale Inklusion bedeutet mehr als technische Anpassung. Sie betrifft Gestaltung, Sprache, Nutzbarkeit und Zugänglichkeit von Anfang an. Barrierefreiheit darf nicht nachträglich „hinzugefügt“ werden, sondern muss integraler Bestandteil digitaler Entwicklung sein.

Deshalb fordern wir:

- Die konsequente und verbindliche Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtungen zur digitalen Barrierefreiheit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.
- Die Weiterentwicklung des Barrierefreiheitsrechts hin zu klaren Sanktionsmechanismen bei Nichteinhaltung.
- Die verpflichtende Anwendung des Zwei-Sinne-Prinzips bei öffentlichen digitalen Angeboten.
- Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für Assistenztechnologien und barrierefreie Softwarelösungen.
- Gesetzlich verankerte Angebote in Leichter Sprache und in Deutscher Gebärdensprache bei staatlichen Websites und zentralen Dienstleistern der Daseinsvorsorge.
- Die systematische Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in Entwicklungsprozesse digitaler Technologien.
- Die verbindliche Berücksichtigung inklusiver Kriterien bei der staatlichen Förderung und Regulierung von Zukunftstechnologien, insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz.

Unser langfristiges Ziel ist:

- Ein digitaler Raum, der von Beginn an barrierefrei, diskriminierungssensibel und für alle nutzbar gestaltet wird.

Jede Verbesserung der digitalen Zugänglichkeit ist ein Fortschritt. Unser Anspruch bleibt jedoch, digitale Barrieren strukturell abzubauen, statt sie individuell kompensieren zu müssen.

Politische Teilhabe und Demokratie

Demokratie lebt von Beteiligung. Doch politische Teilhabe ist in Deutschland nicht für alle gleichermaßen zugänglich. Menschen mit Behinderungen sind in Parlamenten, Parteien, Gremien und öffentlichen Debatten weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Barrierefreie Informationen sind nicht flächendeckend gewährleistet, Veranstaltungsorte sind nicht immer zugänglich, politische Kommunikation bleibt häufig komplex und exklusiv.

Wenn politische Räume nicht barrierefrei gestaltet sind, wird demokratische Teilhabe faktisch eingeschränkt. Eine inklusive Demokratie muss strukturelle Barrieren abbauen – nicht individuelle Anpassungsleistungen erwarten.

Politische Inklusion bedeutet: Zugang zu Informationen, Zugang zu Wahlen, Zugang zu Entscheidungsprozessen – und reale Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Deshalb fordern wir:

- Den konsequenten Abbau physischer, sprachlicher und digitaler Barrieren in politischen Institutionen auf allen Ebenen.
- Die verpflichtende Bereitstellung zentraler politischer Informationen in Leichter Sprache sowie barrierefreie Livestreams und Dokumentationen politischer Veranstaltungen.
- Wahlzettel mit klar erkennbaren Parteilogos, um die Zugänglichkeit des Wahlvorgangs zu verbessern.
- Ein barrierefreier öffentlicher Rundfunk, der Informationszugang unabhängig von individuellen Voraussetzungen gewährleistet.
- Die systematische Einbindung von Menschen mit Behinderungen in politische Entscheidungsprozesse, etwa durch feste Beteiligungsformate oder beratende Gremien mit verbindlicher Anhörungspflicht.
- Einführung inklusiver Standards bei der Organisation politischer Veranstaltungen, Konferenzen und Parteitage.

Unser langfristiges Ziel ist:

- Eine Demokratie, in der politische Teilhabe nicht von körperlichen, kognitiven oder sozialen Voraussetzungen abhängt.
- Politische Räume, die von Beginn an inklusiv gestaltet sind – nicht erst nach Kritik angepasst werden.

Jede barrierefreie Veranstaltung, jede verständliche Information und jede strukturelle Öffnung politischer Prozesse ist ein Fortschritt. Unser Anspruch bleibt jedoch eine Demokratie, in der niemand um Teilhabe kämpfen muss.

SPD und Jusos

Inklusion betrifft nicht nur staatliche Institutionen, sondern auch politische Organisationen selbst. Als SPD und Jusos tragen wir Verantwortung dafür, politische Teilhabe innerhalb unserer eigenen Strukturen zu ermöglichen.

Politische Arbeit setzt häufig Ressourcen voraus, die ungleich verteilt sind: Zeit, Mobilität, finanzielle Mittel, gesundheitliche Stabilität und informelle Netzwerke. Ohne bewusste strukturelle Anpassungen können auch progressive Organisationen ungewollt Ausschlüsse reproduzieren. Parteitage, Sitzungen, komplexe Antragsverfahren oder stark verdichtete Zeitpläne können Barrieren darstellen, selbst dann wenn formale Offenheit besteht.

Inklusion muss daher als dauerhafte Organisationsaufgabe verstanden werden. Permanente kritische Selbstreflexion ist unerlässlich, um strukturelle Barrieren sichtbar zu machen und systematisch abzubauen. Inklusion darf nicht vom Engagement einzelner Personen abhängen, sondern muss verbindlich verankert sein.

Deshalb fordern wir:

- Eine Überprüfung aller Veranstaltungsorte, Parteibüros und digitalen Kommunikationskanäle auf physische und digitale Barrieren nach Bedarf der Beteiligten.
- Die schrittweise Herstellung größtmöglicher Barrierefreiheit bei Veranstaltungen, Parteitagen und Sitzungen mit klaren Verantwortlichkeiten und transparenter Kommunikation über bestehende Barrieren.
- Die Einführung niedrigschwelliger Unterstützungsstrukturen, beispielsweise durch Buddy-Systeme oder feste Ansprechpersonen für Barrierebedarfe.
- Die Bereitstellung zentraler politischer Dokumente, insbesondere Beschlüsse und Programme in Leichter oder Einfacher Sprache, ohne inhaltliche Verkürzung.
- Die konsequente Nutzung diskriminierungssensibler und geschlechtersensibler Sprache in allen Gremien.
- Eine enge Zusammenarbeit mit der AG Selbst Aktiv der SPD sowie weiteren Selbstvertretungsorganisationen und Inklusionsnetzwerken.
- Die Entwicklung strukturierter Empowerment-Programme, um Menschen mit Behinderungen und andere mehrfach marginalisierte Gruppen bei der Übernahme von Mandaten und Ämtern zu unterstützen.
- Die Einführung von Anti-Ableismus- und Antidiskriminierungs-Schulungen und Bildungsarbeit.
- Eine regelmäßige Evaluation innerparteilicher Strukturen im Hinblick auf diskriminierende Mechanismen und Exklusion.

Unser langfristiges Ziel ist:

- Eine Partei, in der politische Teilhabe nicht von individuellen Voraussetzungen abhängt.
- Eine Organisationskultur, in der Menschen mit Behinderungen und andere marginalisierte Gruppen nicht auf Sonderstrukturen angewiesen sind, um mitgestalten zu können.

Jede barrierefreie Veranstaltung, jede zugängliche Information und jede strukturelle Anpassung ist ein Fortschritt. Unser Anspruch bleibt jedoch, die Inklusion dauerhaft und verbindlich in unseren Organisationsstrukturen zu verankern.

Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die in diesem Antrag genannten Politikfelder stellen beispielhafte und zentrale Bereiche dar, in denen strukturelle Veränderungen notwendig sind. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Inklusion betrifft alle Lebensbereiche – von Wohnen über Gesundheit bis Kultur, von Mobilität bis zu Freizeitgestaltung. Überall dort, wo Barrieren bestehen, besteht politischer Handlungsbedarf.

Inklusion ist dabei nicht nur eine Frage der Teilhabe, sondern auch der Selbstbestimmung und des Schutzes. Menschen mit Behinderungen insbesondere Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen (FINTA*) mit Behinderungen sind überdurchschnittlich häufig von sexualisierter Gewalt betroffen. Studien weisen darauf hin, dass strukturelle Abhängigkeitsverhältnisse, institutionelle Settings und fehlende Beschwerde- und Kontrollmechanismen das Risiko erhöhen können. Eine inklusive Gesellschaft muss daher nicht nur Barrieren abbauen, sondern Machtasymmetrien aktiv reflektieren und Schutzstrukturen stärken. Selbstvertretung, Transparenz und unabhängige Kontrollmechanismen sind zentrale Bestandteile einer gerechten Inklusionspolitik.

Aus den dargestellten Problemlagen folgt für uns ein grundsätzlicher politischer Anspruch.

Deshalb fordern wir im Allgemeinen:

- Die konsequente und umfassende Umsetzung der UN-BRK in allen Politikfeldern.
- Die auskömmliche und langfristige Finanzierung inklusiver Maßnahmen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.
- Den systematischen Abbau segregierender Strukturen und die Transformation hin zu inklusiven Regelsystemen.
- Die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Barrierefreiheit als verbindlichen Standard in öffentlichen und zunehmend auch privaten Lebensbereichen.

Unser langfristiges Ziel ist:

- Eine Gesellschaft, in der strukturelle Barrieren nicht kompensiert, sondern abgeschafft werden.
- Eine soziale Ordnung, in der Differenzen nicht zu Benachteiligung führen, sondern durch gerechte Ressourcenverteilung ausgeglichen werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Reform der studentischen Krankenversicherung: Bildungsweg absichern, Leistungsgerechtigkeit schaffen

Einbringer*in:

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

Wir fordern, das System der Kranken- und Pflegeversicherung für Studierende grundlegend zu reformieren. Ziel ist die Abschaffung regressiver Belastungen und die Beseitigung struktureller Hürden, die Studierende in übermäßige Erwerbsarbeit drängen oder finanziell existenzbedrohend benachteiligen.

Wir fordern konkret:

- 1. Anpassung der Familienversicherung: Bildungsweg statt Altersgrenze**
Die Altersgrenze in der gesetzlichen Familienversicherung (derzeit 25. Lebensjahr) wird gestrichen. Maßgeblich für den Anspruch ist künftig der Status als ordentlich Studierende*r für die Dauer der Regelstudienzeit zuzüglich einer Pufferzeit für das Erststudium (Bachelor und konsekutiver Master). Dies verhindert die Bestrafung nicht-linearer Bildungsbiografien.
- 2. Einführung einer studentischen Gleitzone: Leistungsgerechtigkeit statt „Beitrags-Fallbeil“**
Der pauschale Beitrag zur studentischen Krankenversicherung (KVdS) wird durch ein dynamisches Modell ersetzt:
 - **Lineare Gleitzone:** Sobald die Familienversicherung endet, beginnt der Beitrag mit einem niedrigen Einstiegssatz (z. B. 2 % des Einkommens) und wächst linear an (analog zum Midijob-Bereich).
 - **Deckelung:** Ab einer definierten Einkommenshöhe (z. B. 1.200 €) wird der Beitrag auf dem Niveau der heutigen Pauschale gedeckelt, um Besserverdienende nicht schlechter zu stellen als im Status Quo.
 - **Technische Umsetzung:** Der Beitrag wird unbürokratisch im Quellenabzugsverfahren vom Arbeitgeber einbehalten und abgeführt. Er bleibt wirtschaftlich eine Arbeitnehmerlast, um die Attraktivität von Werkstudierenden für Arbeitgeber zu erhalten.
- 3. Außerordentliches Rückkehrrecht: Beseitigung der „Beihilfe-Falle“**
Die Unwiderruflichkeit der Befreiung von der Versicherungspflicht (§ 8 SGB V) wird aufgehoben. Studierenden wird ein außerordentliches Rückkehrrecht in die

gesetzliche studentische Krankenversicherung (KVdS) eingeräumt, sofern die Geschäftsgrundlage ihrer ursprünglichen Befreiung entfällt. Dies gilt insbesondere, wenn der Anspruch auf Beihilfe durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit verloren geht oder signifikant gekürzt wird.

I. Die Ausgangslage: Ein System gegen die Leistungsträger von morgen

Das aktuelle System der studentischen Krankenversicherung stammt aus einer Zeit linearer Biografien. Heute sind Erwerbsarbeit und Studium für die Mehrheit untrennbar verbunden. Doch das Sozialrecht bestraft Leistung: Wer als Werkstudent die Minijob Grenze auch nur minimal überschreitet, verliert durch pauschale KV-Beiträge sofort ca. 150 € Nettoeinkommen. Wer als beihilfeberechtigtes Kind zu viel arbeitet, verliert den Schutz der Eltern und fällt in unbezahlbare private Tarife.

Die Folge ist eine ökonomisch unsinnige Drosselung der Arbeitszeit. Studierende arbeiten künstlich weniger, als sie könnten und wollten, nur um Versicherungsgrenzen nicht zu reißen. Das verlängert Studienzeiten und entzieht dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte.

II. Die drei Säulen der Reform

Um diese Fehlanreize zu beseitigen, schlagen wir ein ineinandergreifendes Maßnahmenpaket vor:

1. Familienversicherung: Realität anerkennen

Die aktuelle Altersgrenze von 25 Jahren ignoriert Lebensrealitäten wie Freiwilligendienste oder längere Orientierungsphasen. Die Kopplung an den Bildungsweg (Erststudium) statt an das biologische Alter ist die einzig logische Konsequenz, um Studienabbrüche „auf den letzten Metern“ aus finanzieller Not zu verhindern.

2. Gleitzone: Leistung muss sich lohnen

Anstatt Geringverdiener mit dem vollen Pauschalbeitrag zu bestrafen, führen wir eine lineare Gleitzone ein. Durch einen sanften Einstieg (z. B. ab 2 %) lohnt sich jeder verdiente Euro. Dies beseitigt den „Netto-Einkommensknicke“ und macht moderate Arbeitsumfänge wieder attraktiv.

3. Rückkehrrecht: Einbahnstraße in die Solidarität

Privat versicherte Studierende (Beihilfe) riskieren aktuell bei Arbeitsaufnahme den

Verlust ihres Beihilfeanspruchs und rutschen in teure Volltarife (200–400 €). Das geforderte außerordentliche Rückkehrrecht erlaubt ihnen den Wechsel in die solidarische studentische Versicherung (KVdS), sobald sie arbeiten. Dies ist kein „System-Hopping“, sondern eine fundamentale Statusentscheidung: Wer das Rückkehrrecht nutzt, wird reguläres Pflichtmitglied der GKV und verbleibt dort dauerhaft für das Studium. Ein taktischer Wechsel zurück in die PKV ist ausgeschlossen.

III. Das neue Sicherheitsnetz: Kalkulierbarkeit statt Kostenfalle

Die Reform schafft klare Verhältnisse auch für Zeiten ohne nennenswertes Einkommen:

- Für die Mehrheit (Eltern gesetzlich versichert): Dank der Abschaffung der Altersgrenze fallen diese Studierenden bei Jobverlust automatisch zurück in die kostenfreie Familienversicherung.
- Für die „Rückkehrer“ (Eltern privat versichert): Da ihre Eltern nicht in der GK sind, ist eine Familienversicherung systemisch ausgeschlossen. Sie verbleiben als reguläre Mitglieder in der KVdS.

Der Unterschied zum Status Quo: Statt starrer 150 € sinkt ihr Beitrag durch die neue Gleitzone-Formel bei geringem Einkommen massiv ab. Zwar müssen sie diesen (nun geringen) Beitrag selbst tragen, doch dies ist der legitime Preis für die gewonnene Sicherheit vor privaten Vollkostenbeiträgen. Das System wird berechenbar: Wer arbeitet, ist abgesichert, ohne sein finanzielles Überleben zu riskieren.

IV. Finanzierung: Investition statt Sanierung auf Kosten der Jüngsten

Einem häufigen Einwand – den potenziellen Mindereinnahmen der GKV durch die Gleitzone – setzen wir eine klare Haltung zur Generationengerechtigkeit entgegen. In einer alternden Gesellschaft ist es ein fatales Signal, das Solidarsystem ausgerechnet durch überproportionale Beiträge von Menschen in der Ausbildungsphase stützen zu wollen. Studierende sind in der Regel jung, gesund und keine Kostentreiber im Gesundheitssystem. Dass sie aktuell im unteren Einkommensbereich prozentual stärker belastet werden als Gutverdiener, ist keine legitime Finanzierungsquelle, sondern eine soziale Schieflage. Eine Entlastung dieser Gruppe ist kein „Geschenk“, sondern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Jeder Euro, auf den die GKV bei unserer Reform durch Werkstudenten verzichtet, ist eine Investition in schnellere Studienabschlüsse und frühere Eintritte in voll sozialversicherungspflichtige Arbeit. Wir subventionieren Minijobs – es ist nur folgerichtig, auch den Übergang in substanzielle Erwerbsarbeit zu fördern, statt ihn zu Bestrafen.